



# Lebens- qualität >

# Ressourcen- verbrauch

Nachhaltigkeit im Alltag: Ratschläge und Ideen gibt es genug, doch in erster Linie ist die Politik gefordert – sagen die Umweltschützer vom BUND

Von Prof. Dr. Hubert Weiger und Christine Wenzl

**W**eiter wie bisher? Das ist keine Option. Allzu offensichtlich haben wir die Grenzen unseres Planeten erreicht, die jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnisse sind alarmierend: Sie betreffen die Auswirkungen der Klimakrise, die Verschmutzung der Weltmeere mit Plastikmüll, den weltweiten Verlust der Artenvielfalt. Als wären sie unerschöpflich, nutzen wir die Böden der Welt für Nahrungsmittelproduktion, Futtermittel und Biomasse für Treibstoffe und neue Technologien. Dabei sind sie nicht unerschöpflich und nur in engen Grenzen erneuerbar. Wirtschaftsunternehmen, Banken und Versicherungen kalkulieren längst mit beträchtlichen Umweltschäden. Auch Ökonomen haben eingesehen: Wirtschaft kann nicht immer weiter wachsen. Zugleich stellen immer mehr Menschen die Verheißungen des „immer schneller, immer mehr“ und eines unbegrenzten Konsums in Frage.

## Weniger ist mehr

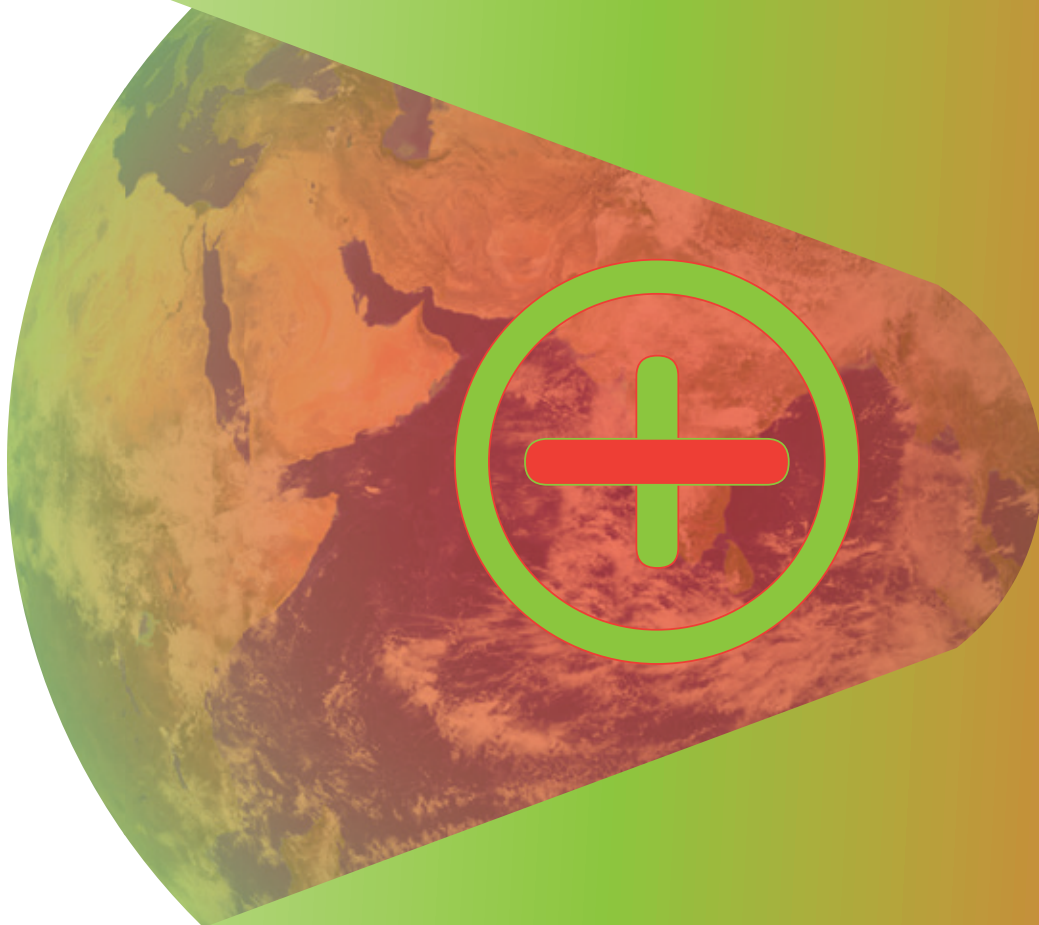
Weniger ist mehr: Dieses Motto bringt immer häufiger Menschen zusammen. Sie wün-

schen sich mehr Gelassenheit, Gestaltungsspielräume im Alltag, Zeit für Freunde und Familie, mehr Mitbestimmung im Betrieb und in der Kommune, eine intakte Natur und Umwelt. Sie suchen Alternativen und setzen neue Ansätze eines nachhaltigen Wirtschaftens und Lebens praktisch um. Weit über 700 Reparaturinitiativen organisieren deutschlandweit regelmäßige Treffen, um defekte Alltagsgegenstände gemeinschaftlich zu reparieren. Leihläden und Onlineportale ermöglichen weniger Konsum; in Ernährungsräten kommen Landwirtschaft und Einkauf, Verwaltung und Politik zusammen, um unsere Städte gesund und regional zu ernähren und zugleich die bäuerliche Landwirtschaft im Umland zu erhalten.

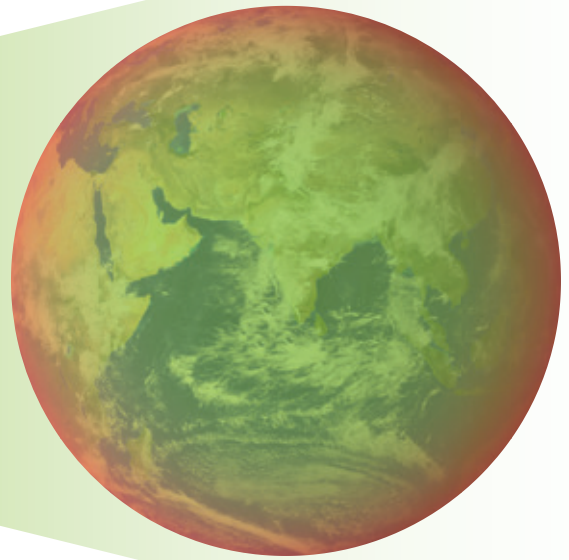
Auch im eigenen Alltag pflegen immer mehr Menschen nachhaltige Lebensstile – indem sie auf Ökostrom umsteigen, weniger Fleisch essen oder Carsharing betreiben, statt selbst ein Auto zu besitzen. Oder indem sie öfter aufs Fahrrad steigen. Ein Beispiel, das anschaulich zeigt, wie essentiell gute Rahmenbedingungen sind: Zugeparkte Radwege,

zu schnell fahrende Autos, keine Abstellmöglichkeiten – dies und anderes trübt vielerorts die Freude am Radfahren. Dabei wünschen sich rund 80 Prozent der Deutschen bessere Alternativen zum Auto. Laut einer neuen Studie des Umweltbundesamtes ist eine große Mehrheit derer, die hauptsächlich Auto fahren, bereit, aufs Rad oder auf Öffentliche umzusteigen. An diese Bereitschaft müssen Städte und Gemeinden stärker anknüpfen. Sie haben es in der Hand, die Nahversorgung zu verbessern, für einen preiswerten öffentlichen Verkehr mit guter Anbindung zu sorgen und mehr und bessere Radwege auszuweisen. 365 Euro kostet eine Jahreskarte für den ÖPNV in Wien – was für ein attraktives Angebot!

Die Bundespolitik muss die Kommunen unterstützen. Man stelle sich vor, sie streiche die (jährlich!) 28,6 Milliarden Euro umweltschädlicher Verkehrssubventionen – und beschließe stattdessen, eine klimaschonende Mobilität zu fördern: mit einer Investitionsoffensive für den Rad- und Fußverkehr und einer Politik, die für deutlich weniger Autos in unseren



*Der föderal organisierte Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) wird von rund 600.000 Menschen unterstützt und ist regional verwurzelt. Bundesweit gibt es über 2.000 ehrenamtliche BUND-Gruppen, die vor Ort Naturschutzflächen pflegen, Kampagnen initiieren oder Aufklärungsarbeit betreiben. In dem Mitgliederverband mit demokratischen Entscheidungsstrukturen trifft das gewählte Ehrenamt die Entscheidungen über Ziele, Strategien und den Einsatz von Ressourcen. Der BUND finanziert sich überwiegend durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.*



Städten sorgt. Mit den bisherigen Subventionen könnte im Übrigen der gesamte ÖPNV in Deutschland weitgehend kostenfrei gestaltet werden. All das würde unsere Lebensqualität spürbar erhöhen.

### Klare Regeln erforderlich

Auch in anderen Bereichen sind politische Maßnahmen, Anreize und Impulse gefordert, um unseren Ressourcenverbrauch zu senken – und gleichzeitig die Lebensqualität zu verbessern. Viele Menschen wünschen sich länger haltbare Geräte, die leicht zu reparieren sind. Sie befürworten eine klare Gesetzgebung gegen kalkulierten Produktverschleiß – dagegen, dass Hersteller ihre Produkte bewusst mit Schwachstellen versehen, um deren Lebensdauer zu verkürzen. Ein guter erster Schritt: In ihrer neuen Richtlinie für Ökodesign hat die EU zum Beispiel für Waschmaschinen, Fernsehgeräte und Leuchten Vorgaben festgelegt, um die Reparatur zu erleichtern. So müssen Produkte zerlegbar sein und Ersatzteile verfügbar. Jetzt ist die Bundesregierung am Zug: Sie muss national dafür sorgen, dass Reparaturen für Verbraucherinnen und Verbraucher tatsächlich leichter möglich werden. Und dass auch kleine, freie Werkstätten Zugang zu den Ersatzteilen bekommen.

Weniger und dafür besser – dieser Grundsatz gilt für auch für unseren Fleischkonsum. Denn die industrielle Haltung verursacht Tierleid und belastet zugleich die Böden, die Artenvielfalt, unsere Gewässer – und unsere Gesundheit. Durchschnittlich rund 60 Kilogramm Fleisch pro Kopf verspeisten die Deutschen im Jahr 2017. Als gesund gilt höchstens die Hälfte. Und wer möchte seine Kinder mit Fleisch aus der Massentierhaltung versorgt wissen, wo es doch möglich

ist, das Angebot in Kitas, Schulen, Kantinen und Mensen umzustellen auf regionale, saisonale und fair gehandelte Lebensmittel aus ökologischem Anbau?

Bislang wird die Verantwortung für einen Lebensstil, der weniger Ressourcen verbraucht, noch allzu oft als rein persönliche Entscheidung angesehen. Tatsächlich aber ist hier die Politik gefragt. Sie muss den Rahmen setzen für zukunftsfähige Lebensstile. Suffizienz lautet das Gebot der Stunde (lateinisch *sufficere* = ausreichen). Denn der Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt machen es nötig, unseren Energie-, Material- und Flächenverbrauch absolut zu begrenzen.

### Weit von zentralen Zielen entfernt

Mehr Effizienz und technische Lösungen allein reichen nicht, um unseren stetig steigenden Energie- und Materialverbrauch zu stoppen und die Wachstumsspirale zu durchbrechen. Auch wenn in der Gebäudesanierung, in effizienteren Geräten und Autos enormes Potential liegt: Unsere Klimaschutzziele bleiben außer Reichweite, wenn parallel die Zahl der Autos, ihre Größe und Leistungsstärke weiter ungebremst wachsen. Oder wenn immer neue Wohn- und Gewerbegebiete entstehen, selbst bei sinkender Einwohnerzahl. Die Bundesregierung muss politisch mutig und konsequent gegensteuern. Sie muss den gesellschaftlichen Wertewandel fördern und politische Weichen stellen.

2015 haben die Vereinten Nationen die globalen Nachhaltigkeitsziele beschlossen, die Sustainable Development Goals. Bis zum Jahr 2030 will die Weltgemeinschaft Hunger

und Armut beenden, die weltweite Ungleichheit verringern, allen Menschen Zugang zu nachhaltiger Energie verschaffen, den Klimawandel bekämpfen, den Artenverlust stoppen. Höchste Zeit, diese Ziele nun umzusetzen. Auch die Bundesregierung ist gefragt, die Ziele mit höchster Priorität zu verfolgen und dabei die weltweiten Folgen unserer Politik und Lebensweise in den Blick zu nehmen. Seit 2016 orientiert die Regierung die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie an der globalen Agenda, zugleich ist sie bei zentralen Zielen weit davon entfernt, diese zu erreichen: Klimaschutz, Energieeffizienz, umweltschonende Mobilität und Landwirtschaft, biologische Vielfalt, Wasserqualität.

Nachhaltige Entwicklung bedeutet, verantwortungsbewusst mit unseren Lebensgrundlagen umzugehen. Nur so werden heutige und zukünftige Generationen weltweit ein Leben in Würde führen können, gemäß ihren Bedürfnissen. Dies wird nur mit grundlegenden Veränderungen in unserer Wirtschafts- und Lebensweise gelingen. Denn aktuell ist unser westlicher Lebensstil von globaler Gerechtigkeit noch weit entfernt.

---

Prof. Dr. Hubert Weiger ist der Vorsitzende, Christine Wenzl die Leiterin Nachhaltigkeit beim nichtstaatlichen Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND).